

# SYSTEMRELEVANT 31

**Keht mit dem Sieg von Joe Biden und Kamala Harris eine vernünftige Handelspolitik zurück? Plus: Welche Rolle spielen die Gewerkschaften in den USA? Darum geht es in der neuen Folge unseres Podcasts mit Sebastian Dullien.**

**Marco Herack:**

Heute ist Freitag, der 6. November 2020. Willkommen zur 31. Ausgabe von Systemrelevant. Im Intro bereits angekündigt: Sebastian Dullien. Ich grüße dich.

**Sebastian Dullien:**

Hallo Marco.

**Marco Herack:**

Ja, Sebastian, die wichtigste Frage in Tagen wie diesen ist: Hast du denn gut geschlafen?

**Sebastian Dullien:**

Ja, eigentlich schon, nur zu früh aufgestanden, weil die Kinder so früh zur Schule müssen. Aber sonst schon. Ich habe es mir jetzt abgewöhnt die letzten beiden Tage, nachts noch ins Internet zu gucken, um zu sehen, was mit der Auszählung in den USA ... wie das weitergegangen ist. Es reicht mir jetzt, das tagsüber zu machen.

**Marco Herack:**

Aber du machst auch noch andere Dinge nebenher, oder?

**Sebastian Dullien:**

Nebenbei mache ich noch andere Dinge, genau. Aber die Produktivität leidet natürlich schon, wenn man die ganze Zeit bei der „New York Times“ und bei „CNN“ nachguckt, was da gerade passiert.

**Marco Herack:**

Diejenigen, die das jetzt zeitnah hören, werden natürlich sofort wissen, es geht um die Wahlen in den USA, Präsidentschaftswahl Trump gegen Biden. Ich sage das jetzt auch noch mal für die Geschichtsbücher, damit das dann richtig einkategorisiert wird. Also wir befinden uns momentan in einer Situation, die man umschreiben könnte mit: Wir haben Freitag, wir gucken da seit, na ja, sagen wir mal, Mittwoch früh da gespannt drauf und, na ja, man weiß nicht so recht, wohin es geht. Aber wir haben entschieden, auch nachdem jetzt die neuesten Stimmauszählungen reingekommen sind und es dann doch eine sehr starke Tendenz gibt zu Herrn Biden, dass wir diese Folge in der geplanten Form aufnehmen. Nämlich wir werden uns heute damit beschäftigen, wie die wirtschaftlichen Implikationen dieser Wahl sind. Vielleicht, bevor wir das tun, noch der Hinweis; wenn ihr uns erreichen möchtet, um Ideen, Fragen oder Unmut kundzutun, dann könnt ihr uns beispielsweise auf Twitter erreichen @boeckler\_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen und Anregungen bitte einfach an uns senden und wir gucken dann, dass wir die aufnehmen und verarbeiten. Und Sebastian findet ihr auf Twitter als @SDullien, also Sebastian Dullien. Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute – ich habe es ja schon gesagt – mit den wirtschaftlichen Implikationen des Wahlergebnisses in den

USA beschäftigen. Wir werden, können und wollen auch gar nicht jeden einzelnen Wendepunkt, den es in den letzten Tagen und vielleicht auch Wochen und Monaten zu beobachten gab, analysieren und einkategorisieren. Aber es gibt ja mit dem höchstwahrscheinlichen Wahlergebnis, dass Joe Biden gewonnen hat, dann doch ein paar wirtschaftliche Implikationen aus der Wahl heraus. Sebastian, die erste Idee, die man da haben könnte, also gehen wir mal davon aus, Joe Biden wird definitiv der nächste Präsident der USA. Aber die Senatsmehrheit haben die Demokraten nicht errungen und damit wäre sein Handlungsspielraum doch schon sehr stark beschränkt, oder?

**Sebastian Dullien:**

Ja, das ist ja die erste Frage, ob die Demokraten jetzt noch die Senatsmehrheit erringen oder nicht. Und meine Prognose zu dem jetzigen Zeitpunkt wäre, dass wir das die nächsten beiden Monate nicht wissen werden. Denn die Senatsmehrheit ist ja eigentlich ... sind 100 Senatorinnen und Senatoren, das heißt, eigentlich würde man denken, man braucht 51 davon. Aber die Partei, die das Weiße Haus hat, braucht tatsächlich nur 50. Denn wenn es einen Patt gibt im Senat, dann entscheidet der Vizepräsident oder die Vizepräsidentin. Und wenn jetzt Joe Biden Präsident wird, dann wird Kamala Harris Vizepräsidentin und dann würde die in einer Pattsituation die entscheidende Stimme haben. Und das heißt, wenn die Demokraten jetzt 50 Stimmen kriegen würden, dann wäre das eine demokratische Mehrheit. So, jetzt haben wir ausnahmsweise diesmal zwei Senatorenposten aus Georgia, die besetzt werden müssen. Und Georgia hat noch so eine Spezialregel. Da muss der oder die Kandidatin, um gewählt zu werden, auch mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen bekommen. Und zurzeit sieht es gerade so aus, als wäre das in diesen beiden Wahlen nicht der Fall und dann müssen beide in ein Run-off im Januar geschickt werden. Da ist es dann durchaus noch denkbar, dass die Demokraten diese beiden Senatorenposten noch gewinnen. Ist natürlich jetzt eine besondere Situation, aber das heißt, wir wissen jetzt noch nicht genau, ob die Demokraten wirklich eine Senatsmehrheit verfehlt haben oder nicht verfehlt haben. Oder so oder so, es wird wahrscheinlich relativ knapp da.

**Marco Herack:**

Um das mal vielleicht kurz in Zahlen auszudrücken; also in Georgia, David Perdue 49,8 Prozent, also das ist auch wirklich ganz knapp unter dieser 50-Prozent-Schwelle und dann Jon Ossoff 47,8 Prozent. Also das wäre Republikaner gegen Demokraten beim ersten, und beim zweiten ist es etwas schwieriger. Da sind irgendwie drei im Rennen. Raphael Warnock, der hat dann aber als höchster Kandidat 32,9 Prozent. Ich glaube, da ist es dann recht eindeutig. Also man sieht schon, es ist schwierig mit den USA. Also man kann nicht einfach sagen, so, jetzt ist da einer Präsident, jetzt regiert er durch, sondern da gibt es dann noch ein paar Beschränkungen. Aber bis zu diesem Run-off im Januar ist es auf alle Fälle so, dass der Senat in Händen der Republikaner bleibt und ja eigentlich auch die Präsidentschaft. Also Joe Biden wird um den 20. Januar rum inauguriert, wenn es denn dann soweit ist.

**Sebastian Dullien:**

Genau. Und da ist jetzt natürlich die Frage, was bis dahin passiert. Also früher war es durchaus üblich, dass dann die alte Regierung jetzt nicht unbedingt noch Steine

in den Weg gelegt hat für das, was dann die neue Regierung machen wollte. Da weiß man jetzt nicht, wie das diesmal ist. Und hier geht es speziell um das Konjunkturpaket, was ja schon im September diskutiert worden ist und wo es eigentlich auch vorher schon Vorschläge gab, wo dieses Repräsentantenhaus schon was vorgelegt hat, das demokratisch kontrollierte Repräsentantenhaus, und das ist eben bislang verschleppt und verzögert und blockiert worden, sowohl von, also natürlich vom Senat jetzt formal, aber da steckt auch das Weiße Haus hinter. Jetzt ist so ein bisschen die Frage, sind die Republikaner bereit, so was zu blockieren, um noch möglichst viel Schaden quasi Joe Biden in seiner Amtszeit mitzugeben oder sind die bereit, einen gewissen Kompromiss da einzugehen. Und das werden jetzt die nächsten Wochen zeigen. Da war vor allem auch der Streit da drum, wenn eine neue Verlängerung eines großzügigen Arbeitslosengeldes in der Corona-Pandemie und auch, ob noch mal Schecks an die – also eigentlich sind das dann formal Steuerrückzahlungen – ob die noch mal geschickt werden sollen an Haushalte mit einem Einkommen unter 75.000 Dollar pro Jahr. Und das war den Republikanern alles zu teuer bislang oder das haben sie zumindest gesagt. Und jetzt ist die Frage, werden die sich da bewegen. Und das ist aus meiner Sicht noch etwas schwierig abzuschätzen. Also schon das Risiko jetzt da, dass sich dieses Konjunkturpaket ins nächste Jahr zieht und vorher nicht verabschiedet werden kann.

**Marco Herack:**

Also es geht um das große Konjunkturpaket. Wir können ja eigentlich davon ausgehen, würde ich ja sagen, Trump wird sich sicherlich nicht in aller Nettigkeit verabschieden und auch danach wäre ja dann unklar, ja, ob eine von Biden geführte Regierung da was umsetzen kann oder aber – und ich glaube, das ist dann die wahrscheinlichste Variante – dass das, was er umsetzen kann, vielleicht viel, viel kleiner ist.

**Sebastian Dullien:**

Ja genau. Das war eigentlich das, was wir gedacht haben, wenn die Republikaner die Mehrheit im Senat behalten, dass dann zwar irgendwas umgesetzt wird, dass das aber viel kleiner ausfällt und möglicherweise auch einen anderen Fokus bekommt. Denn die Republikaner wollen ja immer ganz gerne Steuersenkungen haben. Das sind oft Steuersenkungen für die Reicheren. Und solche Steuersenkungen kosten relativ viel, haben aber nicht so eine große konjunkturelle Wirkung. Und ein typischer Kompromiss wäre jetzt natürlich, das, solange die Republikaner auch die Mehrheit haben, zu sagen, ja, wir machen ein Konjunkturpaket, aber es wird eben einerseits kleiner und zweitens kommen diese Steuerelemente da mit rein. Nur mal so zum Hintergrund: Das Paket, was da die Demokraten vorgeschlagen hatten, das war schon ziemlich groß. Also die haben von 2.200 Milliarden US-Dollar da gesprochen und das wären, ja, 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Also das ist schon echt enorm und wahrscheinlich wird das jetzt tendenziell kleiner ausfallen.

**Marco Herack:**

Auch vor dem Hintergrund, dass die Corona-Krise, also das Virus weiter tobt auf der Welt, dass es immer wieder mal partielle Lockdowns geben wird. Wir wissen nicht, wie sich das den Winter über auslässt. In den USA hat man jetzt nicht mehr so die

großen Bedürfnisse nach Lockdown, wie wir merken. Das heißt also, es gibt erhebliche wirtschaftliche Risiken und gleichzeitig gibt es ein Risiko, dass zumindest in den USA, und das ist ja einer unserer größten Handelspartner aus Deutschland heraus betrachtet oder auch aus Europa, dass der seitens des Staates vielleicht recht wenig dafür tut, dass das kompensiert wird, was da demnächst alles wegfällt.

**Sebastian Dullien:**

Ja, das ist völlig richtig. Und was so ein bisschen untergegangen ist in der Präsidentschaftswahl, ist, dass ja jetzt auch in den USA neue Rekordzahlen der Corona-Infektionen gemeldet wurden. Es ist jetzt munter, die Tage, wo da gezählt worden ist, munter die Fallzahlen in die Höhe geschossen und wir hatten dann jetzt täglich über 100.000 Neuinfektionen. Und ab irgendeinem Punkt wird es natürlich so oder so auch die Wirtschaft belasten, also weil wenn die Menschen dann Angst haben, rauszugehen oder in Restaurants zu gehen, dann ist die Wirkung nicht viel besser, als von einem Lockdown. Wir hatten ja auch vorher schon Ausbrüche in Schlachthöfen, auch in den USA, wo dann die Menschen aus Angst vor Ansteckung auch nicht zur Arbeit gekommen sind. All das kann noch mal passieren und da wäre es eigentlich sehr sinnvoll, diese erfolgreiche Stützungs politik aus dem Frühjahr jetzt fortzusetzen.

**Marco Herack:**

Also du erwartest es auch gar nicht eigentlich, oder?

**Sebastian Dullien:**

Ich kann mir schon vorstellen, dass da was jetzt kommt. Donald Trump möchte das wahrscheinlich nicht. Der würde wahrscheinlich Joe Biden möglichst eine schlechte Wirtschaft hinterlassen für die nächste Amtsperiode, aber man darf ja nicht vergessen, dass, wenn Trump jetzt tatsächlich abgewählt wird, dann hat er auch weniger Macht bei den Republikanern. Und da kann es schon sein, dass der ein oder andere oder die eine oder andere im Senat sagt, na ja, gut, insbesondere wenn ich in zwei Jahren zur Wiederwahl jetzt doch noch stehe oder wenn ich jetzt auch rausgehe aus dem Senat, da muss ich jetzt nicht noch dem Land schaden. Und von daher ist das so ein bisschen ... ich finde, das ist ein bisschen schwierig einzuschätzen, was da tatsächlich passiert und ob da nicht doch noch eine Einigung, zumindest auf einen Teil der Maßnahmen jetzt auch schnell passieren könnte.

**Marco Herack:**

Ein klassischer Punkt, wenn man über die USA spricht, ist, glaube ich, die Handelspolitik, die sich in den letzten vier Jahren, na ja, man könnte sagen, sehr stark verändert hat. Andere würden vielleicht sagen, sich sehr stark radikalisiert hat im Auftreten auch nach außen hin. Mir würde als erstes einfallen die WTO, die von den USA blockiert wird, also die Welthandelsorganisation. Kann man davon ausgehen, dass Joe Biden diese Blockade aufhebt, da endlich für Reformen sorgt?

**Sebastian Dullien:**

Also ich denke, was man über Joe Biden sagen kann, ist, dass er keine Handelspolitik à la Donald Trump fahren wird. Also Donald Trump hat ja wirklich eigentlich alle Regeln mit Füßen getreten, gegen Feinde und Freunde

gleichermaßen den Handelskonflikt eskaliert. Und das wäre etwas, was man jetzt hofft, was bei Joe Biden anders wird. Und was wahrscheinlich nicht ganz so schnell passieren wird, ist, dass Joe Biden, ja, die Blockade bei der WTO aufgibt und auch den Handelskonflikt mit China zurückfährt. Denn da liegen so ein paar Sorgen hinter diesen Konflikten, die auch von den Demokraten geteilt werden. Also zum Beispiel die sind sehr unzufrieden damit, dass die Chinesen oftmals Technologietransfer erzwingen, wenn man es jetzt nett ausdrückt. Also wenn man in China investieren möchte, dann wird verlangt in vielen Sektoren, dass das ein Joint Venture ist mit heimischen Unternehmen und dann fließt immer Technologie ab. Die Chinesen sind auch beim Schutz von anderen intellektuellen Eigentumsrechten nicht zimperlich und, ja, da gibt es Raubkopien, da gibt es Nachbauten, all diese Dinge. Und das ist ja schon ein jahrelanger Konflikt zwischen den USA und China. Und da hat halt Trump eskaliert. Und ich glaube, dass da ohne Zugeständnisse, ohne größere Zugeständnisse auch Biden nicht so schnell zurückrudern wird. Wahrscheinlich wird sich der Ton ändern, insbesondere in den transatlantischen Beziehungen, denn Joe Biden erkennt auch, dass er im Grunde mit den Europäern zusammen vielleicht besser Einfluss auf China ausüben kann, als wenn er das alleine gegen den Rest der Welt fährt. Aber gleichzeitig bedeutet das auch, dass die USA nicht schnell die Blockade der WTO aufheben werden. Für Deutschland insbesondere ist hier positiv, dass das Risiko, dass es zu einer neuen Eskalation zwischen der EU und den USA kommt und insbesondere zu der Einführung von Strafzöllen auf Autos aus Europa, dieses Risiko ist jetzt massiv gesunken mit Joe Biden. Denn das kann man sich im Grunde so nicht vorstellen, das wäre schon noch mal ein absolutes vor den Kopf stoßen der Partner und da ist auch nicht so wahnsinnig viel zu gewinnen für die USA.

**Marco Herack:**

Grundsätzlich kann man ja sagen, hat sich das gesamte US-Establishment in Sachen Handelspolitik in den letzten mindestens vier Jahren, aber ich glaube, auch schon davor, in eine andere Richtung bewegt als bisher. Also man könnte auch sagen, die Demokraten haben sich bewegt, oder?

**Sebastian Dullien:**

Ja, das ganze Spektrum. Und ich würde sagen, tatsächlich die Republikaner haben sich mehr bewegt als die Demokraten, aber alle sind so ein ganzes Stück protektionistischer geworden. Also traditionell waren es immer die Republikaner, die mehr für Freihandel waren und für Handelsliberalisierung und die Demokraten, die etwas skeptischer waren. Und dann aber unter Bill Clinton ist tendenziell auch eine Handelsliberalisierung von den Demokraten ausgegangen. Das heißt so, die modernen Demokraten waren auch eher für Freihandel. Und jetzt mit Donald Trump war da natürlich ein Republikaner da, der das nicht mehr so gesehen hat. Und da haben sich auch die Demokraten wieder ein Stück bewegt Richtung Protektionismus. Man muss ja sehen, dass das alte, traditionelle Klientel der Demokraten, also die Arbeiterschaft in der Stahlindustrie oder in anderen Industriezweigen, die sind tendenziell etwas protektionistischer eingestellt. Die möchten, dass ihre Arbeitsplätze gegen ausländische Konkurrenz geschützt werden. Und da wird Biden sich stärker wieder in diese Richtung auch bewegen. Das hat man auch in seinem Programm schon gesehen, wo ganz viel so Elemente drin sind, wie: make in America, innovate in America. Also die Sachen sollen wieder

in Amerika hergestellt werden und es sollen Innovationen in Amerika sein und sollen Industriearbeitsplätze in Amerika geschaffen werden. Und all das funktioniert, glaube ich, nicht ohne so, ja, gewisse grundprotektionistische Elemente.

**Marco Herack:**

Ungefähr mit dem Wahltag sind die USA ja auch ausgetreten aus dem Pariser Klimaabkommen. Das ist ein Wahlversprechen Donald Trumps gewesen. Das hat er dann umgesetzt. Dann gab es so eine knapp vierjährige Wartefrist, bis das dann auch offiziell umgesetzt wurde. Und Biden hat versprochen, da wieder reinzugehen. Jetzt könnte man natürlich sagen, Klimapolitik und Handelspolitik, das hängt schon sehr stark miteinander zusammen.

**Sebastian Dullien:**

Ja und nein, würde ich sagen. Es gibt einmal eine sehr inländische Komponente dieser Klimapolitik, wo Biden, glaube ich, doch sehr anders agieren wird, als es Donald Trump getan hat. Also Joe Biden hat eben auch angekündigt, dass er sehr viel dafür tun würde, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der USA zu senken und eben auch dieses Wiedereintreten in das Klimaschutzabkommen. Und dann hängt natürlich daran auch die Frage, wenn man im Inland was gegen CO<sub>2</sub>-Ausstoß macht und meinetwegen CO<sub>2</sub> einfach teurer macht, was kann man dann tun, um die eigene Industrie zu schützen. Denn das hilft ja nicht richtig viel, wenn man selber einen hohen Preis auf CO<sub>2</sub>-Ausstoß hat. Zum Beispiel die Stahlindustrie muss dann konkurrieren mit chinesischen Importen, wo es das vielleicht nicht gibt. Und da geht die Stahlindustrie im Inland pleite, man importiert den Stahl, der dann mit viel CO<sub>2</sub> im Ausland hergestellt wird. Das hilft ja weder der Industrie noch dem Klima. Und da muss man dann eben gucken, welche Instrumente kann man dann benutzen. Und ein typisches Instrument, was viel diskutiert wird, ist, dass man sagt, dann macht man einen Zoll auf Dinge, die mit sehr viel CO<sub>2</sub> hergestellt werden und gleicht quasi diesen CO<sub>2</sub>-Preis an der Grenze aus. Das Problem ist hier, wenn das ein Land alleine macht, könnten die anderen sagen, das ist vielleicht WTO-widrig und das dürft ihr so nicht machen. Und an der Stelle kommt dann die Handelspolitik wieder rein. Und hier ist für Europa vorteilhaft, dass, wenn die USA auch auf so einen Pfad einschwenkt, dann ist es leichter vorstellbar, dass man so eine CO<sub>2</sub>-Grenzsteuer einführt, ohne dass dann die USA daraus einen Handelskonflikt konstruiert. Und da ist die Hoffnung, dass das unter Joe Biden besser funktionieren würde.

**Marco Herack:**

Annegret Kramp-Karrenbauer, noch CDU-Chefin, hat ja kürzlich eine Rede gehalten, die in Deutschland so ein bisschen untergegangen ist, die aber ein sehr starkes außenpolitisches Gewicht hatte und in der unter anderem gesagt wurde, dass man sich durchaus vorstellen könnte, mit den USA ein Handelsabkommen abzuschließen, in dem es dann auch gar keine Zölle und Beschränkungen gegenseitig mehr gibt. Etwas, was ja sogar Donald Trump mal gefordert hat. Das würde da ja gut anschließen.

**Sebastian Dullien:**

Ja, ganz kurz kleines Detail: Deutschland kann das natürlich nicht mit den USA abschließen, weil Handelsabkommen bei uns von der EU abgeschlossen werden. Und das ist ja jetzt auch keine ganz so neue Idee, sondern wir hatten ja vor ein paar

Jahren die Diskussion über TTIP, also Transatlantic Trade and Investment Partnership. Und das wäre genau solch ein Abkommen gewesen, wo die Zölle für praktisch alle Güter abgeschafft worden wären und eben auch gewisse gemeinsame Standardsetzungen enthalten gewesen wären. Und ich denke, dass das, was jetzt Frau Kramp-Karrenbauer da sagt, dass das da anschließt und quasi einen Vorschlag macht, dass man da wieder eine Liberalisierung machen würde. Aber eben dann müsste man auch gucken, gerade wenn man diese CO<sub>2</sub>-Bepreisung einführen möchte, wie kann man die USA und die EU da zusammenbringen. Denn was bestimmt nicht funktioniert, ist, wenn innerhalb eines solchen Handelsabkommens, dass die einen hohen CO<sub>2</sub>-Preis einführen und die anderen das nicht machen, weil das würde dann einfach, ja, dazu führen, dass die Industrie in einem der Blöcke, der dann umweltfreundlicher ist, eben verdrängt wird und zerstört wird.

**Marco Herack:**

Aber das wäre ja dann etwas, was man da mit rein verhandeln könnte, also wo man dann einfach die alte Vorlage nimmt, mal so ganz platt gesagt, und dann vielleicht die neuen Entwicklungen mitberücksichtigt. Wird zwar auch wieder ewig lange dauern, ehe man das verhandelt hat, aber da wäre ja dann erst mal nicht viel verloren außer Zeit.

**Sebastian Dullien:**

Das könnte man natürlich machen, diese TTIP-Vorlage liegt ja, wie das einmal die damalige EU-Handelskommissarin gesagt hat, es sei „in the Freezer“, also es ist jetzt quasi auf Eis gelegt vorübergehend. Allerdings hätte das auch ein anderes Problem. Denn man muss ja dazusagen oder man muss sich in Erinnerung rufen, dass TTIP nicht nur von Donald Trump gekippt worden ist, sondern dass es auch in Europa relativ viele Vorbehalte gab gegen gewisse Teile dieses Abkommens, insbesondere dem Schutz von ausländischen Direktinvestitionen und gewisser Standardsetzungen.

**Marco Herack:**

Chlorhühnchen?

**Sebastian Dullien:**

Chlorhühnchen ist die eine Sache. Ich glaube, Chlorhühnchen ist da eine Sache, die überverkauft war oder die zumindest nicht eigentlich das große Problem dargestellt hat. Aber dieser Investorenschutz war durchaus problematisch. Und ich denke von daher, dass man das nicht so einfach wieder nehmen kann und wiederbeleben kann, sondern da müsste man noch mal einen Schritt zurückgehen und wirklich sehr grundsätzlich über diese Dinge nachdenken.

**Marco Herack:**

Okay. Also das ist jetzt tatsächlich nicht etwas, was du jetzt sofort erwarten würdest.

**Sebastian Dullien:**

Nein, das würde ich nicht sofort erwarten. Aber der Punkt ist natürlich schon, den du damit ansprichst, Und der ist ziemlich wichtig, dass man über so was wieder nachdenken kann unter dem Präsidenten Joe Biden, was unter dem Präsidenten

Donald Trump einfach überhaupt nicht denkbar gewesen wäre.

**Marco Herack:**

Bedeutet aber auch, dass das Verhältnis zwischen EU und USA sich doch wieder in eine Richtung entwickeln würde, die, na ja, vielleicht doch mehr wieder diesen Gedanken des Alliiertseins in sich trägt.

**Sebastian Dullien:**

Ja, also Joe Biden hat, einmal von dem, was er getan hat in seiner politischen Karriere, aber auch von seinen Äußerungen, durchscheinen lassen, dass er durchaus an den Multilateralismus glaubt und dass er nicht der Meinung ist, dass die USA alles alleine machen müssen. Und das ist natürlich für Europa erst mal eine gute Nachricht, denn das kann schon ganz schön einsam sein in einer Welt, wo es ziemlich viele autokratische Regime gibt. Also wenn da nur noch China und Russland ist und dann eine USA, auf die man sich nicht richtig verlassen kann, das ist natürlich nicht besonders schön und von daher ist es da positiv, dass es da doch andere Signale gibt. Und von daher auch im Zweifel wird sich das auf den transatlantischen Handel positiv auswirken, dass da jetzt so ein paar der Spannungen rauskommen.

**Marco Herack:**

Was tatsächlich auch meine Frage wäre bei der Sache, weil am Ende, wenn man da zusammenarbeiten kann und das möglichst noch auf dem gleichen Wertekonstrukt, also man sieht ja in China gerade, wie die das IPO, also die neue Mission von Ant Financial, das Größte, was wir so gehabt hätten seit immer, also das größte IPO aller Zeiten haben die einfach mal so kurzerhand gekippt. Weil sie sich da mit dem Vorstand nicht ganz einig geworden sind und da dann unpassende Aussagen gemacht haben, haben sie halt einfach mal die Regulierung verändert. Also das sind ja keine zuverlässigen Handelspartner, die wir da haben in China, wenn man das aus der Warte betrachtet. Sondern da wäre es halt schön, man hätte dann zumindest auf der transatlantischen Seite wieder diese Verlässlichkeit, die man nicht nur gewohnt war, sondern die man auch gerne hätte.

**Sebastian Dullien:**

Ja klar, also das auf jeden Fall. Die Frage ist, ob man sich drauf verlassen kann, wie man es früher getan hat, dass das so bleibt. Denn was an dieser Wahl ja auch klar ist, ist, dass es eine sehr knappe Wahl war und eine sehr knappe Wahl, obwohl, zumindest von dieser Seite des Atlantiks her betrachtet, Donald Trump ziemlich viel falsch gemacht hat. Mich persönlich hat es halt schon ein bisschen gewundert, dass jemand, der in der Art und Weise die Corona-Krise falsch gemanagt hat und eigentlich keine Führung dabei bewiesen hat, wie so eine Person wieder gewählt werden oder fast wieder gewählt werden kann. Aber das bedeutet ja auch, dass das wieder kippen kann in vier Jahren. Und von daher ist das schon schön, jetzt zu sehen, dass man da einen Partner hat. Wie du richtig sagst, China ist auch kein verlässlicher Partner in Welthandelsfragen, sondern China ist einfach ein Land, was sehr klar die eigenen Interessen auch in den Vordergrund stellt und die sind nicht immer und ganz oft nicht deckungsgleich mit den wirtschaftlichen Interessen der EU. Aber, ja, ein bisschen Vorsicht ist, glaube ich, schon angebracht, denn wir wissen nicht, wie langfristig stabil das jetzt ist.

**Marco Herack:**

Und man kann aber auch davon ausgehen, dass Joe Biden nur vier Jahre bleiben wird.

**Sebastian Dullien:**

Ja, er ist dann relativ alt. Die Frage ist, weiß nicht, inwieweit man das tatsächlich vorhersehen kann, was in vier Jahren passiert und denkbar ist vielleicht schon, dass er noch mal wiedergewählt wird. In den USA werden ja Präsidenten selten abgewählt. Aber er ist einfach schon alt. Und ich weiß nicht, ob er dann noch mal kandidieren wird.

**Marco Herack:**

Also er ist 77, er wird dann ... also er wird jetzt 78 am 20. November. Also ...

**Sebastian Dullien:**

Ja, dann können wir ja ausrechnen, wie alt er in vier Jahren ist.

**Marco Herack:**

Genau, Joe Biden wird, wenn er abtritt, das ist ja dann erst der Januar, also dann wird er 82 Jahre alt sein. Ich glaube, da ist eine gewisse Wahrscheinlichkeit da, dass er dann nicht noch mal vier Jahre oben drauf satteln wollen wird. Aber gut, da kann man dann sagen, das ist ein Mann des Übergangs, der kann den Weg bereiten oder, na ja, es geht dann halt danach so weiter und er kann die Sache nicht beruhigen. Aber das heißt für uns am Ende, wir werden aus dieser ganzen unruhigen Lage, in der wir uns befinden, ob wir jetzt über Handelspolitik reden, Umweltpolitik, auch verschiedene Konfliktherde auf der Welt, also wir werden uns darauf einstellen müssen, dass wir selber da irgendwie auch unseren Standpunkt haben und unsere eigene Stärke vielleicht finden.

**Sebastian Dullien:**

Ich glaube, das auf jeden Fall. Also weil Europa hat das ja auch schon in der Handelspolitik getan aus meiner Sicht. Europa muss da einfach alleine handlungsfähig sein und bleiben. Trotzdem ist es natürlich positiv, jetzt vier Jahre lang bestimmte Dinge wieder in andere Richtungen zu fahren und zu führen und bei bestimmten Punkten war ja Donald Trump schon sehr extrem. Also ich glaube, ein moderater Republikaner hätte nicht unbedingt in der Art und Weise die USA aus dem Pariser Klimaabkommen rausgezogen. Und da ist die Hoffnung, dass, wenn Biden jetzt wieder beitrifft, dass die USA sich dann auch auf diesen Pfad bewegt. Weil irgendwann sind dann natürlich auch Weichen gestellt. Wenn Kohleminen zugemacht worden sind oder Tagebau oder was auch immer, dann wird das so schnell nicht wieder neu eröffnet. Und wenn bestimmte Investitionen in erneuerbare Energien getan worden sind und dann vielleicht auch ein Technologieschub gekommen ist, dann ist das auch in eine Richtung auf die Schiene gesetzt und dann besteht die Hoffnung, dass das da auch weiterläuft.

**Marco Herack:**

Also im Sinne von: Die sind dann auch so billig geworden, die alternativen oder regenerativen Energien, dass man sagen kann, es macht eigentlich auch überhaupt keinen Sinn mehr, auf Kohle zurückzugehen und dann tut es eben auch keiner

mehr, egal wer da dran ist.

**Sebastian Dullien:**

Genau. Irgendwann ist halt die wirtschaftliche Logik so, dass man das nicht unbedingt tut. Wäre dann immer noch nicht gut, wenn man jemanden kriegt, der dann sagt, das kümmert ihn nicht und bei bestimmten Dingen die Maßnahmen wieder zurückdreht. Aber vier Jahre, da kann man jetzt schon erst mal einiges machen. Und gerade, falls die Demokraten doch die Mehrheit im Senat kriegen, kann man auch bestimmte Investitionsprogramme, Förderprogramme anstoßen, die dann eben auch, ja, Industrien und Strukturen da schaffen.

**Marco Herack:**

Wir reden ja jetzt irgendwie so, als ob Donald Trump wirtschaftlich überhaupt nicht erfolgreich war. Aber er gilt ja, so liest man das, als wirtschaftlich jetzt nicht unbedingt der schlechteste Präsident.

**Sebastian Dullien:**

Na, ich glaube, man muss schon eingestehen, erstens war er natürlich jetzt in einer Phase dran, wo die US-Wirtschaft gewachsen ist, wo auch relativ viel von der alten Finanzkrise verarbeitet worden war. Das ist eigentlich relativ rund gelaufen. Dann hat wahrscheinlich seine Handelspolitik gegenüber China auch dazu beigetragen, dass in bestimmten Bereichen der Konkurrenzdruck vom Ausland abgenommen hat und es da bestimmten Industrien auch besser ging. Also so rein negativ ist das natürlich nicht. Ist natürlich jetzt immer schwer zu sagen, was wäre passiert, wenn jemand anderes eine andere Wirtschaftspolitik gemacht hätte. Darüber kann man sich dann ja streiten. Aber zumindest vor der Corona-Krise war die Arbeitslosigkeit niedrig, wir hatten auch Lohnzuwächse auch im unteren und mittleren Bereich. Also der US-Wirtschaft ging es da nicht schlecht.

**Marco Herack:**

Was natürlich dann auch erklärt oder zumindest zum Teil erklärt, warum er dann doch noch recht viel Zuspruch hat: weil den Leuten es dabei ja auch nicht so schlecht ging.

**Sebastian Dullien:**

Man muss ja auch die negativen Punkte sich angucken. Und im Grunde waren schon die Defizite relativ groß. Er hat die Steuern gesenkt, vor allem für die Reichen. Das heißt, an der Stelle ist auch die Verteilungssituation bestimmt nicht besser geworden. Es gibt da nicht nur ... wie ich jetzt auch vorher gesagt habe, ist nicht das Katastrophenszenario, aber es ist jetzt auch nicht das, was man sich so von einer progressiven Seite wünschen würde. Und ehrlich gesagt, ich glaube, eine andere Politik hätte auch eigentlich diesen niedrigen und mittleren Einkommen mehr geben können und mehr beschenken können, wenn man es anders gestaltet hätte.

**Marco Herack:**

Und in dem Sinne gab es ja auch traditionell neben der Wahl des Präsidenten und verschiedenen Senatsplätzen dann noch auch die ein oder andere Abstimmung über andere Dinge, wo ich gedacht habe, die kann man ja hier auch noch mal mitreinnehmen. Zum Beispiel in Florida, da, wo Trump gewonnen hat, wurde

beschlossen, dass der Mindestlohn auf 15 Dollar die Stunde hochgesetzt wird. Also das ist ja ein Sieg für den Arbeiter.

**Sebastian Dullien:**

Ja, das ist, glaube ich, ein ganz schöner Erfolg da. Also in den USA ist es ja oft so, dass bei diesen Wahlen alles Mögliche noch abgestimmt wird. Da werden einerseits oft noch die Abgeordneten Häuser und auch in den Staaten, die so was haben, auch noch die Senatskammern in den Einzelstaaten gewählt. Da wird ein Gouverneur gewählt und da gibt es oft diese Volksabstimmungen. Und wie du richtig gesagt hast, in Florida ist da durchgekommen die Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Dollar. Wobei man jetzt dazusagen muss, das ist jetzt nicht 15 Dollar zum 1. Januar, sondern am 1. Januar gehen sie auf 10 Dollar und dann kommt jedes Jahr 1 Dollar dazu. Und dann sind sie 2026 bei 15 Dollar. Aber ich glaube, das ist schon ein schöner Erfolg da, der eben auch zeigt, dass die USA sehr differenziert sind. Also es ist nicht mehr so, wie es mal früher war, dass dort, ja, jeder Markteingriff zur sozialen Verbesserung breit abgelehnt wird von der Bevölkerung, sondern ein Staat, wie du richtig gesagt hast, der Donald Trump gewählt hat, hat gleichzeitig entschieden, dass man eben hier gesetzlich eingreift und guckt, dass die geringen Einkommen eben steigen.

**Marco Herack:**

Und genau das Gegenteil ist in Kalifornien passiert. Jetzt nicht unbedingt beim Mindestlohn, aber Kalifornien hat nicht Donald Trump gewählt. Ich glaube, das war zu erwarten. Gleichzeitig wurde aber dagegen gestimmt, dass die Mitarbeiter von Uber und Lift als quasi Angestellte behandelt werden, sondern sie werden weiterhin als, na ja, Einzelkontraktoren, einzelne Vertragsnehmer, behandelt und haben damit eine potenziell schlechtere Stellung gegenüber den Unternehmen.

**Sebastian Dullien:**

Genau. Das ist auch ein anderer Aspekt des amerikanischen Systems. Wie du richtig gesagt hast, Kalifornien ist ja ein Bundesstaat, wo Donald Trump also wirklich auch nicht richtig einen Fuß auf den Boden kriegt, sondern mit, weiß nicht, zweistelligen Abständen zu Joe Biden nicht gewählt worden ist. Und gerade dort ist sein Volksentscheid durchgekommen, der Ausnahmen schafft für ein Gesetz, was es da gibt, wo eigentlich diese sogenannte Gig-Worker, die über Plattformen was anbieten, dass die unter gewissen Bedingungen als Angestellte gezählt werden. Und da hatte Uber und Lift und so, die hatten da sehr stark Lobby gegen gemacht und jetzt durch diesen Volksentscheid sind die Fahrerinnen und Fahrer von Transportunternehmen und Lieferdiensten eben ausgenommen. Die zählen nicht als Angestellte und das bedeutet, für die gibt es dann nicht die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, nicht die anderen Sozialleistungen, die so Angestellte in Kalifornien haben und auch nicht die Gesundheitsabsicherung, die da dranhängt. Und da muss man sagen, das ist ein ziemlicher Lobbyerfolg von diesen Unternehmen gewesen. Die haben da über 200 Millionen Dollar reingesteckt. Und das ist natürlich eine Niederlage, ja, für einerseits progressive Politik, aber auch, muss man ehrlich sagen, für Gewerkschaften dort. Denn die Gewerkschaften hatten sich lange dafür eingesetzt, dass das so passiert und jetzt kam eben dieser Rückschlag da.

**Marco Herack:**

Bevor wir da kurz noch reingehen; Biden 65,1 Prozent, Trump 33 Prozent. Also da ist ...

**Sebastian Dullien:**

Ja, ja genau. Das ist also ...

**Marco Herack:**

Das ist eindeutig.

**Sebastian Dullien:**

Das ist sehr, sehr deutlich.

**Marco Herack:**

Ja. Also das Land hat eine ganz klare Meinung. Ist ja auch der größte Bundesstaat, wenn man nach Einwohnern geht, von der Gewichtung her. Ja, gerade für die Gewerkschaften ... Also du hast es gerade schon gesagt, die Unternehmen haben da 200 Millionen reingebuttert. Und da kann man natürlich den Eindruck bekommen, also wenn man nur genug Geld reinsteckt, dann kann man die Leute davon überzeugen, dass Arbeitnehmerrechte egal sind. Aber vielleicht sollte man es gar nicht so zugespitzt sehen.

**Sebastian Dullien:**

Nein, ich glaube auch, das ist an der Stelle nicht der Punkt. Sondern Kalifornien ist ja schon im Vergleich zu anderen Bundesstaaten da deutlich fortschrittlicher. Ich glaube, hier sieht man einfach, dass schon bestimmte politische Prozesse in den USA käuflich sind oder käuflicher sind, als das hoffentlich bei uns der Fall ist. Na, was will man da machen, wenn so ein paar Unternehmen in dieser Größenordnung Geld in so einen Wahlkampf pumpen. Das ist einfach dann keine Waffengleichheit und da muss man sich nicht wundern, wenn am Ende so was rauskommt. Also es deutet halt darauf hin, wie wichtig das auch ist, bestimmte Lobbyanstrengungen und Finanzierung von bestimmten Wahlkampfkampagnen durch Unternehmen zu beschränken.

**Marco Herack:**

Ich hatte das jetzt so gefragt, weil Kalifornien ja durchaus als Bundesstaat gilt, in dem eine gewisse Bildung da ist, auch weil genug Geld da ist, um die zu finanzieren und man dann schon davon ausgehen könnte, dass so eine Werbekampagne vielleicht einen weniger großen Einfluss hat, als es sein sollte.

**Sebastian Dullien:**

Na ja, also mein Verdacht ist ja ... ich war jetzt nicht in Kalifornien in der Zeit. Wir alle reisen ja nicht viel in Corona-Zeiten, aber es wird ja nicht nur gewesen sein, dass da jetzt plump irgendein Plakat aufgehängt worden ist. Sondern da wird es im Zweifel das ganze Tableau gegeben haben, was man so macht. Dass man dann Gastbeiträge in Zeitungen platziert, bei Podiumsdiskussionen bestimmte Positionen vertritt, ja, vielleicht dann auch irgendwelche Vertreter der Gig-Worker findet, die dann aus welchen Gründen auch immer argumentieren, dass es eigentlich so viel besser ist, weil sie mehr Flexibilität hätten. Also so. Und natürlich braucht man für all

diese Dinge auch Geld, aber ich glaube, dass auch Bildung davor nicht unbedingt gefeit macht, dass man für so was dann anfällig ist.

**Marco Herack:**

Und was bedeutet das für die Gewerkschaften da? Braucht man die dann da noch?

**Sebastian Dullien:**

Ich würde sagen, auf jeden Fall. Also ohne die Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Organisation wäre das ja auch gar nicht so weit gekommen. Das ist ja jetzt schon der Prozess. Da ist ein Gesetz verabschiedet worden und dann ist das Referendum gegen das Gesetz gemacht worden oder ein Referendum gemacht worden, um da Ausnahmen rauszuziehen. Also ich denke auch, dass das letzte Wort darüber noch nicht gesprochen ist. Das Thema wird noch mal wiederkommen. Das Thema, wie jetzt so Gig-Worker zu behandeln sind, das ist ja auch ein Thema, wo wir in Deutschland drüber reden immer wieder. Stichwort Scheinselbständigkeit, das ist ja eine Sache, die wir seit Jahren schon haben und die jetzt durch bestimmte Geschäftsmodelle im Internet einfach wichtiger und relevanter wird. Und da könnte ich mir vorstellen, dass da auch in Kalifornien noch nicht das letzte Wort drüber gesprochen ist.

**Marco Herack:**

Und da wir uns aber in Deutschland auch da mit kalifornischen Unternehmen auseinandersetzen müssen, es ist ja nicht zu vermeiden, da könnte man ja auf die Idee kommen, dass da so eine internationale Koordination der Gewerkschaften und Verbände, die dort agieren, also NGOs und so weiter stecken da ja drin, da könnte man ja schon sagen, na ja, das müsste halt wirklich mal so international koordiniert werden, damit das dann auch mal eine große und/oder größere Lösung gibt und nicht ein Land gegen das andere da ausgespielt wird.

**Sebastian Dullien:**

Ja, ich meine, diese Dialogformate und -verbindungen gibt es natürlich. Aber in diesem speziellen Fall würde ich dir widersprechen. Ich glaube, da brauchen wir gar keine internationale Koordinierung, sondern das kann jedes Land einfach selber machen. Also wenn in Deutschland ein Gesetz gemacht wird, dass eben alle Uber-Fahrer und alle Lift-Fahrer und alle Gig-Worker unter den und den Bedingungen als Angestellte gezählt werden, dann ist das so. Also dann muss man auch mal fragen, ob das EU-rechtskonform ist und so weiter, aber grundsätzlich würde ich da noch nicht mal ein EU-Rechtshindernis sehen. Also das kann einfach jedes Land selber machen und ist ja auch nicht so, dass es dann irgendein, also gerade bei so inländischen Dienstleistungen, dass es irgendeinen Wettbewerbsdruck im Inland gäbe, womit das dann ausgehebelt werden könnte. Und dann ist halt Uber nicht mehr da im Zweifelsfall oder die müssen die Leute anstellen. Wenn sie es nicht tun, sind sie nicht mehr da und dann dreht sich die Welt auch weiter. Und Deutschland funktioniert auch weiter. Das kann man relativ einfach.

**Marco Herack:**

Sebastian Dullien, ich danke dir für das Gespräch.

**Sebastian Dullien:**

Ja, Marco. Danke für die Moderation und danke für die Geduld, dass wir diese Woche das ja mehrfach verschoben haben, weil wir immer auf die Ergebnisse gewartet haben.

**Marco Herack:**

Ja. Und hundertprozentig sind sie ja immer noch nicht. Es sind ja immer nur 98 Prozent, 95 Prozent in den Staaten, allerdings mit starker Tendenz, weswegen wir uns ja dann am Ende doch getraut haben, in den Pool reinzuspringen. Ihr wiederum könntet uns noch zum Ende hin ein Feedback geben, wenn ihr das möchtet. Und zwar einmal, indem ihr uns per E-Mail erreicht: [systemrelevant@boeckler.de](mailto:systemrelevant@boeckler.de). Ihr könnt uns auch auf Twitter antickern [@boeckler\\_de](https://twitter.com/boeckler_de). Oder Hinweise, Korrekturen, Anregungen, Unmut oder Freude einfach mal an [@SDullien](https://twitter.com/SDullien) schicken auf Twitter, also Sebastian Dullien. Dann wünschen wir euch noch eine schöne Zeit und bis nächste Woche. Tschüss.

**Sebastian Dullien:**

Bis dann. Tschüss.